



# UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

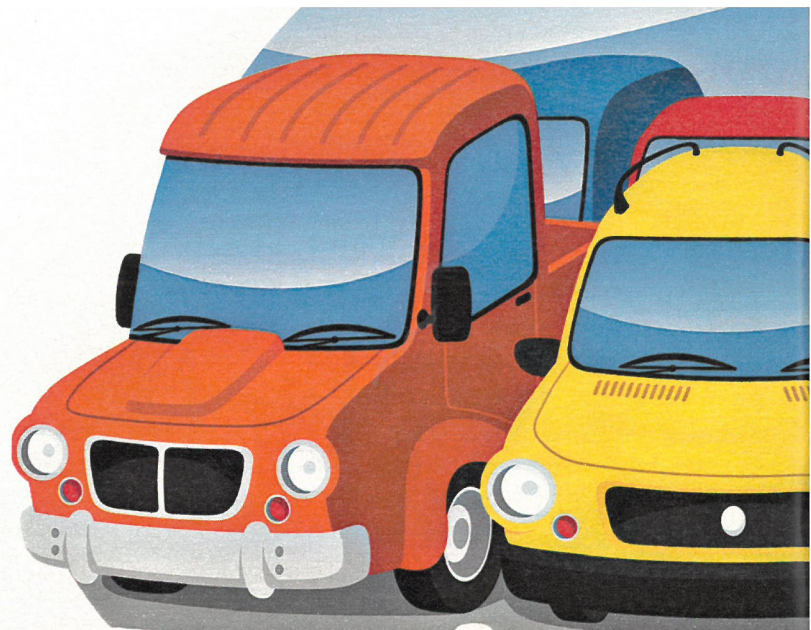
## Narreteien aus der Verkehrspolitik

Berlin Moabit, ein Ortsteil des Bezirks Mitte (D), hatte im Jahr 1910 schon mehr als 109.000 Einwohner. Beim Bombardement der Alliierten wurden zwei Drittel der Gebäude zerstört, sodass der Wiederaufbau dauerte. Heute hat Moabit wieder mehr als 84.000 Einwohner und bekam nach 60 Jahren wieder eine Straßenbahn. „Die Investitionskosten für den Bau der neuen Strecke beliefen sich auf 33 Millionen Euro. Während der rund 70 Bauphasen wurden entlang der Strecke 4.000 Meter Gleise verlegt sowie Fahrbahnen mit Radverkehrsstreifen, Haltestellen, Fahrleitungsanlagen und ein Gleichrichterwerk gebaut. Rund zwei Jahre dauerte der Bau der neuen Strecke.“

In Salzburg kosten 800 Meter der Verlängerung der unsinnig tiefgelegten Regionalbahn 200 Millionen Euro, wahrscheinlich noch mehr. Nun ist Berlin, im Vergleich zum Denken in Salzburg, wo allein auf dieser Route der gesamte sogenannte Zentralraum auf die Haltestellen des S-Link reduziert und alle Fahrgäste in einen Tunnel konzentriert werden, wohl eine Kleinstadt, wenn ich die Kilometerpreise für die Bahnen vergleiche. Die Bahnkilometer kosten in Salzburg zehn Mal so viel wie in Berlin und den meisten Städten der Welt, die Einwohnerzahl in Berlin ist aber das 30-fache von Salzburg.

Das fällt weder den Politikern in Salzburg noch dem Generalsekretär im Verkehrsministerium und auch nicht dem Finanzministerium auf? Wer es da nicht mit der Angst zu tun bekommt, darf sich nicht wundern, dass auf seinen Schultern Milliarden abgeladen werden, weil unsere gewählten Vertreter versagen. Auch das Wunschprogramm sinnloser, fachlich nicht begründbarer Tunnelbauten, vom Koralmtunnel über den Semmering- und Brennerbasistunnel, sollte so weitergespielt werden. Wenn dieses Spiel einmal zu Ende sein soll und die Menschen wie die Griechen den Gürtel enger schnallen müssen, sind die Gewinner dieses Treibens nicht mehr zu fassen. Wie es die aktuellen Beispiele zeigen. Denn dann kommen die Betriebs- und Erhaltungskosten auf die Bevölkerung zu, wenn sowohl parallele Eisenbahnstrecken wie auch konkurrierende, parallele Autobahnen und Schnellstraßen nach dem Bau nicht ewig halten.

So schaut weder klimagerechte noch nachhaltige Politik aus, sondern das nachhaltige Schuldenmachen. Das hat aber die Bevölkerung auszubaden.



## Großes Auto, teureres

**Autos werden immer breiter, die Parkplätze „schrumpfen“. In Paris ist bald für große Pkw eine**

**D**as Gewicht, die Größe und die Umweltverträglichkeit eines Autos sollen ab Jänner in der französischen Hauptstadt Paris über die Höhe der Parkgebühren entscheiden. Vor allem den beliebten SUVs, den „Stadtgeländewagen“ will die Stadtverwaltung damit den Garaus machen.

### In Paris zahlen auch Motorräder Parkgebühr

„Es gibt keine unbefestigten Wege, keine Bergstraßen“, sagt der zuständige Vize-Bürgermeister David Belliard. „SUVs sind in Paris absolut nutzlos. Schlimmer noch, sie sind gefährlich, sperrig und verbrauchen zu viele Ressourcen in der Herstellung.“

Die Millionen-Stadt fährt unter der linken Regierung schwerere Geschütze gegen den Individualverkehr auf. So müssen in Paris, anders als in der Regel bei uns, jetzt auch Motorräder und Mopeds für das Parken bezahlen. Ausgenommen sind lediglich

Elektro-Zweiräder.

Im deutschen Tübingen zahlen die Besitzer von größeren Autos schon jetzt mehr für das Parkpickerl. Grundsätzlich kostet der Bewohner-Parkausweis 120 Euro im Jahr. Für Fahrzeuge „mit Verbrennungsmotor und mit einem Leergewicht von mehr als 1.800 Kilo“ sind allerdings 180 Euro fällig. Ebenso wie für Elektroautos mit mehr als 2.000 Kilo.

In Wien fordern die Grünen Ähnliches. Graz hat zuletzt die Kurzpark-Zonen verteuert, von € 2,- auf € 2,60 pro Stunde. Geplant war auch eine Größenstaffelung beim Bewohner-Parken. Daran ist die Stadtkoalition von KPÖ, Grünen und SPÖ vorerst gescheitert.

Das Steiermärkische Parkgebührengesetz „bietet aktuell keine Möglichkeit, nach Länge oder Breite des KFZ oder nach einem anderen Kriterium wie etwa Gewicht, bei der Parktarifgestaltung zu differenzieren“, heißt es aus dem Büro von Vizebürgermeisterin Ju-